wirtschaft. Verlangt wird eine rationelle Verteilung der staatlichen Ländereien, Erleichterung der Ankäufe und Verbesserung des Ueberſiedlungsweſens. Den Modus der Zwangsenteignung bei Löſung der Agrarfrage hält die Fraktion für unzuläſſig. Große Mittel werden verlangt werden zur Hebung der allgemeinen Volksbildung. Auch wird die Fraktion einen Reviſionsantrag wegen der Judenfrage einbringen, um eine Aufhebung der übermäßigen Beſchränkungen der ruſſiſchen Juden zu erzielen. Endlich wird eine Reorganiſation der Landtruppen und der Marine verlangt werden. Um die Staatseinnahmen zu vermehren, ſoll eine Einkommenſteuer eingeführt werden. Die Fraktion der Oktobriſten hofft, gemeinſam mit der Regierung dieſe Reform durchzuſetzen, und iſt bereit, die Initiative des Kabinetts tatkräftig zu unterſtützen.

Die Thronrede und die echt ruſſiſchen Leute.

Gegenwärtig halten die „Rechten" täglich Verſammlungen ab, in denen die Taktik und Aufgaben der Duma erörtert werden. So wurde, wie Ruſj berichtet, in einer Verſammlung beſchloſſen, darauf zu beſtehen, daß die Duma eine Antwort auf die Thronrede ausarbeite. Sollte die Duma dies ablehnen, würde der Verband der echt ruſſiſchen Leute, die Mitglieder der Adelsorganiſation und die Monarchiſten an den Zaren eine ſelbſtändige Adreſſe entſenden, in der neben den unterthänigſten Gefühlen noch der Wunſch ausgedrückt ſein wird, in der Duma eine ausſchließlich beratende und nicht eine geſetzgebende Körperſchaft zu ſehen. „Erſt dann," ſoll es in der Adreſſe heißen, „wird ſich die von der Revolution hervorgerufene Verwirrung der Gemüter legen."

Trotz der ſchwarzen Duma ...

Petersburg, 12. November. Der Zar wird die Mitglieder der neugewählten Duma nicht empfangen.

Aus dem Parteileben.

In der letzten Sitzung des Zentralkomitees der ſozialdemokratiſchen Arbeiterpartei Rußlands wurde u. a. die Frage erwogen, ob die ſozialdemokratiſchen Abgeordneten an den offiziellen Feierlichkeiten zur Eröffnung der dritten Duma teilnehmen ſollen. Einſtimmig wurde beſchloſſen, den ſozialdemokratiſchen Abgeordneten zu empfehlen, darauf zu verzichten.

Dann wurde die Frage der Taktik, die die ſozialdemokratiſchen Abgeordneten bei den Präſidiumswahlen anwenden ſollen, beſprochen. Ein Teil der Mitglieder des Zentralkomitees ſchlug vor, nicht an den Wahlen teilzunehmen. Andere ſchlugen folgende Reſolution vor: „Von dem Prinzip der Zweckmäßigkeit ausgehend, müſſen die ſozialdemokratiſchen Abgeordneten bei den Präſidiumswahlen die Kandidaturen ſolcher Perſonen unterſtützen, deren Wahl die größte Garantie der Unparteilichkeit, ebenſo der Redefreiheit bedeutet. Die ſozialdemokratiſchen Abgeordneten ſtimmen für den am meiſten entſprechenden Kandidaten nur in dem Falle, wenn die Wahl dieſes Kandidaten von den Stimmen der Sozialdemokraten abhängt, im anderen Falle enthalten ſie ſich der Abſtimmung. Bei reaktionären Kandidaten ſtimmen ſie aber dagegen." Dieſe Meinungen erhielten gleiche Stimmenzahl (je 5 Stimmen), und das Zentralkomitee hat beſchloſſen, beide der Begutachtung der ſozialdemokratiſchen Abgeordneten der dritten Duma zu übergeben.

Deutſches Reich.

Breitenbachs Sklaven.

Der Nationalzeitung wird geſchrieben:

Wie bekannt, erſtreben die höheren Techniker der Eiſenbahnverwaltung die Gleichſtellung in Rang und Gehalt mit den Eiſenbahnjuriſten. Daß man in gewiſſen Kreiſen dieſe Beſtrebungen nicht gern ſehen würde, war vorauszuſehen, aber daß man eine kraſſe Ungeſchicklichkeit noch durch eine neue verſchlimmern würde, hätten wir nicht für möglich gehalten. Wie ſoll man es aber anders verſtehen, wenn der Miniſter Breitenbach gegen einzelne verdiente, ja hervorragende Beamten vorgeht? Wie wir hören, ſind Maßregelungen von Beamten erfolgt. ... Nachdem die nationale Preſſe in letzter Zeit faſt durchweg die berechtigten Wünſche der höheren Techniker zu den ihrigen gemacht hat, beginnen auch einige Eiſenbahnpräſidenten mit Repreſſivmaßregeln vorzugehen. So beſteht ſeit langen Jahren bei den einzelnen Eiſenbahndirektionen die Gepflogenheit, daß die techniſchen Beamten zu zwangloſen Beſprechungen zuſammenkommen. Die Präſidenten unternehmen es wahrſcheinlich auf höhere Weiſung — die freie Meinungsäußerung in ſolchen Verſammlungen zu unterbinden. Die Vorſitzenden der Verſammlungen werden mit einem ſanften Hinweis auf ihre Perſonalakten gezwungen, die Leitung niederzulegen. Es wird verlangt, daß beſondere Verſammlungen anberaumt werden, in denen Beſchlüſſe erzwungen werden ſollen, die der Meinung der Geſamtheit und der der unabhängigen Preſſe zuwiderlaufen.

Arnim, der Landwirtſchaftsminiſter, ſprengt den Fachverein der Forſtbeamten und bohrt ihr Fachorgan in den Grund. Kraetke, der Reichspoſtmeiſter, maßregelt Beamte, die bei der Reichstagswahl vorſchriftswidrig abſtimmen. Breitenbach, der Verkehrsminiſter, zwingt die bahnamtlichen Spediteure, ihre organiſierten Arbeiter zu entlaſſen, er beſtraft Beamte, die von ihrem Verſammlungsrecht Gebrauch machen. Hausmann aber, der ſchwäbiſche Demokrat, ſchwört Bülows Blockpolitik Treue, ſolange ſie nicht durch die Tat bewieſen hat, daß ſie verſagt.

Das preußiſche Dreiklaſſenparlament.

Die augenblickliche Stärke der Parteien im preußiſchen Landtage, der am 26. November wieder eröffnet wird, vom November ſtellt ſich wie folgt:

Konſervative 140, Freikonſervative 64, Nationalliberale 75, freiſinnige Volkspartei 24, freiſinnige Vereinigung 9, Zentrum 95, Polen 13, fraktionslos 8, erledigte Mandate 5. Nach Vollzug der Erſatzwahlen erhalten vorausſichtlich die Konſervativen zu dieſer Zahl noch 2, die Freikonſervativen 1, die Nationalliberalen 1, das Zentrum 1 Mandat hinzu.

Intereſſant dürfte die Tatſache ſein, daß von den 428 Abgeordneten des preußiſchen Landtags nicht weniger als hundert Doppelmandatare, das heißt gleichzeitig Mitglieder des Reichstags ſind, nämlich 28 Konſervative, 9 Freikonſervative, 6 Nationalliberale, 8 Mitglieder der freiſinnigen Volkspartei, 1 Mitglied der freiſinnigen Vereinigung, 26 Mitglieder des Zentrums, 6 Polen und 6 Fraktionsloſe.

Die Enteignungsvorlage.

Daß die Polenvorlage, die den preußiſchen Landtag gleich nach ſeinem Zuſammentritt beſchäftigen wird, in der Tat die Verleihung des Enteignungsrechts an die Anſiedlungskommiſſion enthält, beſtätigt auch der Berliner Offiziöſus der Kölniſchen Zeitung. Da es ſich hier um die „Bekämpfung ſchwerer örtlicher politiſcher Mißſtände" handle, ſo würden „Sonderbeſtimmungen von örtlich beſchränkter Geltung" vorgeſchlagen werden.

Die Deutſche Tageszeitung iſt nicht damit zufrieden, daß das Enteignungsrecht nur örtlich beſchränkte Geltung haben ſoll, ſondern verlangt eine derartige Beſchränkung, daß die Sonderbeſtimmungen ausſchließlich „im nationalen Intereſſe" angewandt werden können.

Die örtliche Beſchränkung allein, ſo ſchreibt ſie, würde in den in Betracht kommenden Provinzen zu den ſchwerſten Bedenken Anlaß geben müſſen. Will man die Enteignung im nationalen Intereſſe durchführen und glaubt man, ohne ſie nicht auskommen zu können, dann muß man auch den Mut haben, ſich zu dem Zweck der Geſetzgebung zu bekennen. Ein Ausnahmegeſetz mag manches Bedenkliche haben, es iſt aber zweifellos ein weit kleineres Uebel als ein allgemeines oder auch ein nur örtlich beſchränktes Geſetz, das gegebenenfalls auch gegen den deutſchen Grundbeſitz angewandt werden könnte.

Daher alſo die Befürchtungen.

281 Fälle!

Wegen **Soldatenmißhandlungen in 281 Fällen, ferner wegen Beleidigung und Verleitung zum Meineid** wurde der Unteroffizier Kloſe vom 69. Infanterieregiment durch das Kriegsgericht in Trier nach dem Berliner Tagebl. zu 1½ Jahr Zuchthaus und zur Ausſtoßung aus dem Heere verurteilt.

Wie war es nur möglich, daß der brutale Menſch ſein elendes Handwerk, wehrloſe Untergebene zu ſchinden, ſo lange Zeit ungehindert treiben konnte!

Aichbichler.

München, 12. November. Der frühere Reichstagsabgeordnete von Ingolſtadt, der Landtagsabgeordnete, Oekonomierat Aichbichler, Guts- und Brauereibeſitzer in Wolnzach, iſt mit 3 Millionen Paſſiven und 110 000 M. rückſtändigen Zinſen inſolvent geworden. Die Aktiven beſtehen zum Teil aus Immobilien. Beteiligt ſind mehrere Banken, das Kloſter Scheyern und der Pfarrer von Wolnzach ſowie eine Anzahl kleinerer Gläubiger. — Es iſt Zwangsverwaltung eingeleitet.

Herr Aichbichler hat ſich in den Kämpfen um den Wuchertarif einen „Namen" gemacht. Am 7. November 1902 brachten die konſervativen Parteien und das Zentrum den Antrag Aichbichler auf Abänderung des § 58 der Geſchäftsordnung ein, durch den die Beſtimmungen über namentliche Abſtimmungen ſo geändert wurden, daß man den Knebel für die Obſtruktion zur Verfügung hatte. Am 14. November wurde der Antrag mit 197 gegen 78 Stimmen angenommen.

Arbeiterkandidaten nicht angenehm.

Eine Zentrumsverſammlung in Trier ließ den bisherigen Stadtverordneten Sauter Molz fallen und erſetzte ihn durch einen Bäckermeiſter. Molz iſt Vorſitzender des zahmen und königstreuen Verbandes deutſcher Eiſenbahnhandwerker und -Arbeiter; man ſtellte ihn ſeinerzeit als Arbeitervertreter auf, läßt ihn aber jetzt wieder fallen, weil er dem Zentrumsflügel nicht paßt. Der Hauptredner der Verſammlung ſchob eine angebliche Disziplinwidrigkeit des Arbeitervertreters in den Vordergrund, doch ließen die Ausführungen des Diskuſſionsredners Dr. Pieo keinen Zweifel darüber, daß Molz nach der Anſchauung der bürgerlichen Zentrümler im Rathauſe gelegentlich „zu ſchroff" aufgetreten ſei. Darum mußte er hinweg. Vergebens beſtanden in der Verſammlung die Wortführer der katholiſchen Arbeiter auf der Wiederaufſtellung des Herrn Molz, man überſtimmte ſie und hob anſtatt ſeiner den Bäckermeiſter auf den Schild. Molz aber erhob ſich nach der Abſtimmung und — forderte die Arbeiter auf, Disziplin zu üben und dem Bäckermeiſter ihre Stimme zu geben. Das Zentrum verſteht ſich auf die Kunſt, ſeinem Arbeiteranhang das Rückgrat zu brechen.

Eine Kundgebung für den geſetzlichen Heimarbeiterſchutz wurde am Montag abend in acht öffentlichen Volksverſammlungen in Berlin veranſtaltet. In allen Verſammlungen wurde einſtimmig beſchloſſen, an den Reichstag eine Petition zu richten, in der der Bundesrat und der Reichstag erſucht wird, endlich die geſetzgeberiſche Löſung der Heimarbeiterfrage für das Schneidergewerbe und die verwandten Berufe energiſch und bald in die Hand zu nehmen.

Die Beſeitigung der geiſtlichen Schulaufſicht im Großherzogtum Oldenburg ſoll nach einer Mitteilung oldenburgiſcher Blätter die Regierung für nächſtes Jahr planen. Wenn's nur wahr iſt ...

Willi Ramdohrs poetiſche Sendung — beſtätigt!

Die Nachricht der Frankfurter Volksſtimme, daß das raſch berühmt gewordene Schießgedicht des Kadetten Willi Ramdohr auf Befehl des Kaiſers an alle Kadetten verteilt worden ſei, iſt wohl ſelbſt in ſozialdemokratiſchen Leſerkreiſen mit Kopfſchütteln aufgenommen worden. Dieſe Nachricht wird aber jetzt von der Kreuzzeitung beſtätigt; ſie druckt den ganzen im übrigen belangloſen Text des Gedichtes ab, und gibt auch die beiden bekannten Strophen genau ſo wieder, wie ſie in der ſozialdemokratiſchen Preſſe gedruckt worden ſind. Allerdings, wenn die Kreuzzeitung meint, die ſozialdemokratiſche Preſſe habe ſich über das Poem entrüſtet, ſo irrt ſie. Entrüſtung iſt wohl nicht der richtige Ausdruck für das Gefühl, das dieſer poetiſche Vorfall in weiten Kreiſen der Bevölkerung erweckt hat.

Kulturapoſtel.

In einem ausführlichen Bericht erzählt der Berichterſtatter des Berliner Lokalanzeiger von Szenen, die ſich in Mrogoro nach dem Bankett, mit dem die Ankunft des erſten Zuges gefeiert wurde, abgeſpielt haben. Am andern Morgen ſeien Eingeborene von allen Seiten zur Verſammlungshalle geſtrömt:

Als ich eintrat, hörte ich noch gerade die Worte: „Betrunkene Europäer" — „Prügeln" — „Weiber" — mit Gewalt" uſw. Die Eingeborenen, Kingos an der Spitze, hatten Klagen gegen Europäer vorgebracht, wobei es ſicher nicht ohne die gewohnten Uebertreibungen abgegangen ſein wird. Welch trauriges Bild! Iſt das Sitte und Anſtand, die vielgerühmte „Ziviliſation", die wir den „Wilden" ins Land bringen? Sollten wir uns nicht des Geſindels ſchämen, das durch ekelhafte Exzeſſe im Zuſtand der Trunkenheit, durch allen Mangel an Selbſtzucht und Bildung unſer Anſehen in den Augen der Eingeborenen herabſetzt? Gibt es kein Mittel, uns von ſolchem Pöbel frei zu machen? Kann man es der Regierung verargen, daß ſie ſolchen Leuten gegenüber den Neger in Schutz nimmt und ihnen nicht auf Gnade und Ungnade ausliefert, wie ſie es gern möchten? O, ihr Anſiedler! Reinigt euch von ſolchen Elementen, denn ſie ſind euer Verderben, ſie ſind ſchuld daran, daß die Regierung euch nicht immer zu Willen ſein kann, wenn ſie auch gern möchte. Der Neger muß unter allen Umſtänden gerecht und menſchlich behandelt werden, nicht aber unmenſchlich, wie aus den Klagen — begründeten Klagen — Kingos und der andern zu ſchließen iſt.

Die alſo charakteriſierten Herrſchaften pflegen das Handwerk, ſich als Kulturpioniere und „nationale Helden" auszuſchreien, am eifrigſten zu betreiben.

Frankfurt.

Es flutete der Freiſinnsſtrom,
Sechstauſend Mann ins Hippodrom.
Der Einigung galt es im Zeichen Bülows —
Im Frankfurt war lange nicht ſo viel los.

Der Ehrenpräſide ſchien Attinghauſen.
Und Tell-Worte ließen ſie blitzen und ſauſen,
Worte, ſchlagend wie Ochſenziemer,
Der Naumann, der Müller, der Hausmann, der Wiemer.

„Seid einig, einig!" ward beſchloſſen
Von den Frankfurter Eidgenoſſen.
Die ſechstauſend Mann applaudierten immer,
Denn was mal nach Bülow kommt, ... iſt ſchlimm.

Und es ſchwenkte bei dem Schwur auf den Rütli
Jedweder ſein Taſchentuch oder ſein Hüti.
Und feſt beſchloſſen die Rütli-Sitzen:
Den Landvogt, den Landvogt, den Landvogt —
zu ſchützen!

(Gottlieb in „Lz")

Kleine politiſche Nachrichten. Die Nachricht, daß zwiſchen der deutſchen und engliſchen Regierung Verhandlungen im Gange ſind, um den im Nordoſten von Deutſch-Südweſtafrika belegenen „Caprivi-Zipfel" gegen die Walfiſch-Erfindung bezeichnet. — Die Tagung der belgiſchen Kammer wurde am Dienstag eröffnet. Nach den üblichen Begrüßungsreden wurde die Tagesordnung feſtgeſetzt. Der Miniſter des Innern teilte mit, daß die Kongovorlage in den nächſten Tagen der Kammer zugehen werde. — Die Vorleſungen an der Univerſität in Wien werden heute, am Mittwoch, wieder aufgenommen. — Trotz der ſerbiſchen Dementis gelangen aus Cetinje nach Belgrad verſchiedene Nachrichten, in denen mit Beſtimmtheit behauptet wird, daß ein Bombenanſchlag gegen das montenegriniſche Fürſtenhaus in Belgrad organiſiert und geleitet werde. Auch wird aus Cetinje gemeldet, in Waſojewitſch ſei im Koffer eines gewiſſen aus Serbien abgereiſten Cſulafitſch ſechs Bomben gefunden worden. Cſulafitſch ſelbſt flüchtete auf türkiſchen Boden; ſein Komplize Pantowitſch nahm jedoch ſeinen Koffer mit. — Die Pforte hat wegen der zahlreichen von bulgariſchen Banden in Makedonien gegen Mohammedaner verübten Morde ein Rundſchreiben an ihre Vertretungen im Auslande gerichtet. Darin werden ſie erſucht, die europäiſchen Kabinette auf die Erregung der mohammedaniſchen Elemente durch ſolche Greueltaten und auf mögliche Repreſſalien hinzuweiſen und die Mächte zu veranlaſſen, in Sofia dahin vorſtellig zu werden, daß die bulgariſche Regierung eine Unterſtützung der Banden vermeide. — Der engliſche Vertreter in Sofia unternahm im Auftrage ſeiner Regierung erneute Schritte bei der bulgariſchen Regierung, um deren Aufmerkſamkeit auf die Zunahme der bulgariſchen Banden in Makedonien in der letzten Zeit zu lenken und die Regierung zur Aufbietung ihres ganzen Einfluſſes dagegen aufzufordern.

Ausland.

Oeſterreich-Ungarn.

Der Empfang.

Wien, 12. November. Die chriſtlichſozialen und ſchechiſchen Miniſter wurden heute beim Eintritt in den Sitzungsſaal des Abgeordnetenhauſes von den Sozialdemokraten und radikalen Tſchechen mit ſtürmiſchen Rufen „Pfui! Abzug!" empfangen.

Aus dem Abgeordnetenhauſe.

Wien, 12. November. Das Abgeordnetenhaus nahm den Dringlichkeitsantrag über die Unterſtützung der Familien der zu Waffenübungen einberufenen Reſerviſten an.

Das Haus behandelte hierauf **den ſozialdemokratiſchen Dringlichkeitsantrag über die Lebensmittelteuerung.** Der ſozialdemokratiſche Schrammel fordert die Regierung auf, die Einfuhr von gefallenem und gefrorenem überſeeiſchem Fleiſch zu fördern. In der Begründung der Dringlichkeit macht Abg. Renner die großkapitaliſtiſche, ſchutzzöllneriſche und kartellfreundliche Wirtſchaftspolitik für die Verteuerung der Rohſtoffe und ſämtlicher Lebensmittel verantwortlich und entwickelt das Agrarprogramm der Sozialdemokratie. Redner betont die Notwendigkeit der militäriſchen Reorganiſation der Beſitz- und Kreditverhältniſſe der Bauernſchaft, die Erweiterung des landwirtſchaftlichen Genoſſenſchaftsweſens und die Bildung der ländlichen Jugend. In dem Augenblicke, in dem infolge des Ausgleichs die öſterreichiſche Wirtſchaftspolitik ausſchließlich darauf gerichtet ſein müßte, Vorſorge zu treffen, daß nach dem Jahre 1917 der Export Oeſterreichs nach Ungarn entweder geſichert oder ihm neue Abſatzgebiete im Orient erſchloſſen werden, in dem Augenblick, wo Ungarn nach dem Freihandel, der Erweiterung der Bildung und Kultur und nach ſozialiſtiſchen Reformen ſchreie, erſcheine eine klerikal-agrariſch-reaktionäre Regierung, gegen die die Sozialdemokraten energiſch Stellung nehmen müßten.

Darauf wird die Verhandlung abgebrochen. Abg. Renner fordert den Präſidenten auf, aus Anlaß der Meldung, wonach in Nachod eine Hungerrevolte ausgebrochen ſei, bei der angeblich zwei Arbeiter verwundet und zwölf verhaftet wurden, die Regierung zu veranlaſſen, daß dem Blutvergießen Einhalt getan und den hungernden Arbeitern billige Lebensmittel zur Verfügung geſtellt werden.

Frankreich.

Neue Geſchoſſe.

Paris, 12. November. Nach Berichten franzöſiſcher Zeitungen macht die Prüfungskommiſſion in Lorient zurzeit Proben mit einem neuen Geſchoß, das beim Einſchlagen ins Ziel durch einen Lichtſtrahl die Zielſtelle beleuchtet. Dieſe Leuchtgranate Obus lumineux ſoll, wie man hofft, der franzöſiſchen Marine zur Nachtzeit gute Dienſte leiſten, doch ſind die Verſuche, über deren Ergebnis Schweigen beobachtet wird, noch nicht abgeſchloſſen.

Dazu bemerkt Gädke im B. T.: Dieſe Nachricht iſt darum intereſſant, weil die Konſtruktion wirkſamer Geſchoſſe zurzeit das wichtigſte artilleriſtiſche Problem iſt, das es überhaupt gibt. Daß unſere Geſchoſſe, beſonders bei der Feldartillerie, nicht auf der Höhe ſtehen, iſt bekannt. Man hört aber auch nichts davon, daß mit ſchleppender Langſamkeit vorgenommenen Verſuche von Erfolg gekrönt geweſen wären.

Die Mauer der Föderierten.

Der „Mauer der Föderierten" auf dem Père Lachaiſe zu Paris drohte die Gefahr, gänzlich vernichtet zu werden. In den „höheren Kreiſen" trug man ſich mit der Abſicht, die Gräber der Föderierten aufzuheben und die Mauer zu beſeitigen. Kein kleidendes Denkmal hätte dann mehr von dem Heldentode der Kommunekämpfer erzählt. Jetzt ſcheint man aber doch anderen Sinnes geworden zu ſein. Der Pariſer Stadtrat hat einſtimmig beſchloſſen, dem Komitee der Föderiertenmauer den Beſitztitel an die Mauer dauernd abzutreten. Wahrſcheinlich wird an jener Stelle, wo die Kommunarden ihr Leben für die Freiheit ließen, bald ein feſtes Monument erreichtet ſein. —

Afrika.

Truppenexzeſſe in Algerien.

Paris, 12. November. In der algeriſchen Garniſon Batna kam es zu ernſten Ausſchreitungen. Den Truppen wurde der Beſuch des Negerviertels, das zugleich das Quartier der öffentlichen Häuſer iſt, verboten. Darauf drangen Sonntag abend hundert Spahis des 8. Regiments mit Waffengewalt in das Negerdorf ein und richteten große Verwüſtungen an. Die Verſuche ihrer Vorgeſetzten, die Leute zur Vernunft zu bringen, wurden mit Drohungen zurückgewieſen. Die Unterſuchung iſt eingeleitet.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19071113/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG